

Pressemitteilung

Sicherheitstechnologien und Bürgerrechte

Wie wirken sich auf Überwachung ausgerichtete Sicherheitstechnologien auf das Leben europäischer BürgerInnen aus? Ein EU-weites Forschungsprojekt geht dieser Frage auf den Grund. Die teilnehmenden Organisationen präsentieren ihre bisherigen Ergebnisse nun der Öffentlichkeit.

Das SurPRISE Projekt, finanziert durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, gibt europäischen BürgerInnen die Möglichkeit, verschiedene Sicherheitslösungen und deren Auswirkungen auf die Privatsphäre zu diskutieren und zu evaluieren.

Die ersten Ergebnisse wurden nun von drei Partnerorganisationen – dem Verein für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS), dem European University Institute (EUI) sowie dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) – in einer Serie von Berichten veröffentlicht und sind online abrufbar. Angeführt werden nicht nur die Herausforderungen, sondern auch die Möglichkeiten zu technischen, rechtlichen, politischen und sozialen Maßnahmen zur Wahrung von Privatsphäre und Sicherheit in Europa.

Die Veröffentlichungen sind Teil des Work Package 3 – Exploring the Challenges. Sie stehen hier zur Ansicht und zum Download zur Verfügung: surprise-project.eu/downloads

Datenschutz und Überwachungstechnologien

Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein untersucht den Einfluss von auf Überwachung ausgerichteten Sicherheitstechnologien auf die Privatsphäre des Einzelnen und stellt wichtiges Basiswissen zu z.B. Drohnen, Standortüberwachung oder Gesichtserkennung zur Verfügung. Analysiert werden nicht nur das Ausmaß der Datensammlung sondern auch die Fähigkeiten einzelner Technologien Daten, abzugleichen und miteinander in Beziehung zu setzen. Die AutorInnen sind sich darüber einig, dass weitreichende Veränderungen auf dem Sicherheitssektor nur dann umgesetzt werden können, wenn sie die Auswirkungen auf Privatsphäre und Menschenrechte berücksichtigen und adäquat auf diese abgestimmt werden. Nur so können Überwachungstechnologien im Einklang mit den Prinzipien und Idealen eines demokratischen Europa hergestellt werden.

Sensible Daten – unantastbar?

Der zweite Bericht, verfasst vom European University Institute, widmet sich den politischen und rechtlichen Aspekten dieser Entwicklung. Privatsphäre und Sicherheit werden einander oft als unvereinbar gegenübergestellt. Der Sicherheit wird dabei meist der höhere Stellenwert eingeräumt. Anhand von drei Kriterien werden verschiedenen Technologien – GPS-basierter Standortbestimmung, Smart CCTV, Extrahierung von Benutzer- und Anwendungsdaten durch Deep Packet Inspection und Überwachung durch Trojaner – untersucht: Wie wird mit sensiblen personenbezogenen Daten verfahren? Was passiert mit Daten, die im privaten Austausch mit anderen entstanden sind? Durch welche Methoden wird in die Privatsphäre eingegriffen? Die AutorInnen zielen darauf ab, den „Core/Periphery“ Ansatz als Alternative zum gängigen Schema „Sicherheit versus Privatsphäre“ zu präsentieren. Wenn davon ausgegangen wird, dass es einen Kern an Privatsphäre gibt, der nicht verhandelbar ist, werden beim Umgang mit sensiblen Daten andere Faktoren für die Entscheidungsfindung relevant.

Appell für Ausgewogenheit in der öffentlichen Debatte

Das IRKS untersucht in SurPRISE Deliverable 3.3 sicherheitsfördernde Maßnahmen abseits von Überwachungstechnologien. Im Mittelpunkt steht die von Sicherheitsexperten oft vernachlässigte soziale Komponente. Der Report wirft außerdem einen kritischen Blick auf die negativen Begleiterscheinungen von Überwachung für Gesellschaft und Menschenrechte. Die AutorInnen plädieren für eine ausgewogene Risikodarstellung und betonen die Wichtigkeit von aufgeklärten öffentlichen Debatten. Dies setzt eine realistische Darstellung von Bedrohungsszenarien voraus. Sie widmen sich dabei auch dem Umgang mit konkreten Bedrohungen wie etwa Terrorismus oder Cybercrime.

Wohin soll es gehen?

Was passiert also, wenn wir glauben, gefühlte und tatsächliche permanente Bedrohungen mittels Technologien lösen zu können? Der Synthese-Bericht gibt einen Überblick über sicherheitsfördernde Maßnahmen und präsentiert politische Handlungsempfehlungen. Dabei werden auch Alternativen wie die direkte Beteiligung von BürgerInnen kritisch betrachtet, denn: Nicht immer ist die Mitwirkung von BürgerInnen bei der Verbrechensbekämpfung oder der Konfliktlösung konstruktiv. Auf lange Sicht, so die AutorInnen, ist die Beteiligung der BürgerInnen an der öffentlichen Diskussion allerdings essenziell, um Grundrechte und Menschenrechte zu bewahren.

SurPRISE im Web: surprise-project.eu

Kontakt: Johann Čas (ITA) – jcas@oeaw.ac.at

Textbearbeitung und Übersetzung: ITA